

PER EINSCHREIBEN/RÜCKSCHEIN

<XY>
<Adresse>

Übermittlung von Werbe-E-Mails ohne Einwilligung

<Datum>

Sehr geehrter <XY>,

Am Montag, den 22.12.03 um 17:07 Uhr wurde eine E-Mail (Anlage Ast. 1) unaufgefordert an mich gesandt. Dies, ohne dass eine Einwilligung oder eine laufende Geschäftsverbindung vorliegt.

„Die Zusendung unverlangter Werbung mittels E-Mail stellt einen Eingriff in das allgemeine Persönlichkeitsrecht des Betroffenen dar. Denn der Wille des Betroffenen, seinen persönlichen Lebensbereich von jedem Zwang zur Auseinandersetzung mit Werbung nach Möglichkeit freizuhalten, ist als Ausfluss seines personalen Selbstbestimmungsrechts schutzwürdig (vergl. BGHZ 106, 229/233 f.).“
(Des weiteren liegt ein widerrechtlicher Eingriff in den Gewerbebetrieb vor.)

„Werbe-Mail-Absender können nicht wissen, wie ein Adressat seine Mails abholt, z. B. über teure GSM- oder Satelliten-Verbindungen. Unerwünschte Mails, für deren Abholung dem Empfänger dadurch u. U. hohe Kosten entstehen und für die auch Arbeitszeit verschwendet wird, sind deshalb generell unzulässig. Urteile u.a.: LG München I vom 05.11.2002, 33 O 17030/02; LG Ellwangen, 2 Kf/H O 5/99; LG Traunstein, 2 HK O 3755/97; LG Hamburg, 312 O 579/97; LG Berlin, Urteil vom 16.05.02 - 16 O 4/02; KG Beschluss vom 08.01.2002, 5 U 6727/00. „

„Für die Frage der Unzulässigkeit entsprechender Werbemaßnahmen ist es schließlich auch unerheblich, ob der Empfänger derselben eine Privatperson, Freiberufler oder Gewerbetreibender ist.“ (Beschluss des LG Berlin vom 14.5.1998 - Az.: 16 O 301/98)

Ich fordere Sie daher auf, zur Vermeidung einer gerichtlichen Auseinandersetzung die anliegend beigefügte Unterlassungs- und Verpflichtungserklärung bis

<Datum + 1 Woche>

(bei mir eingehend) abzugeben.

Mit freundlichen Grüßen

Anlage
Unterlassungs- und Verpflichtungserklärung
E-Mail-Ausdruck

Unterlassungs- und Verpflichtungserklärung

<XY>

<Adresse>

verpflichtet sich gegenüber

<Abmahnender>

<Adresse>,

1. es ab sofort zu unterlassen, E-Mails werblichen Charakters an <Abmahnender> zu senden, es sei denn, es liegt eine Einwilligung vor.
2. für jeden Fall der Zuwiderhandlung unter Ausschluss der Einrede des Fortsetzungszusammenhangs eine Vertragsstrafe von EUR 4.000,- an <Abmahnender>, <Adresse> zu zahlen

Datum / Unterschrift / Firmenstempel